

Öffentliche **Beschluss**vorlage

Vorlagen-Nr.:	<b>V/0486/2016</b>
Auskunft erteilt:	Frau Peters
Ruf:	4 92-10 19
E-Mail:	PetersR@stadt-muenster.de
Datum:	25.07.2016

Betrifft

**Rechts- und Ausländeramt stärken**

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL und der CDU-Fraktion im Rat vom 06.04.2016 "Rechts- und Ausländeramt stärken" (A-R/0020/2016)

Beratungsfolge

01.09.2016	Integrationsrat	Vorberatung
14.09.2016	Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung	Vorberatung
27.09.2016	Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government	Vorberatung
28.09.2016	Haupt- und Finanzausschuss	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Sachentscheidung:

Mit dem Ziel einer Verbesserung der atmosphärischen und räumlichen Situation sowie einer Optimierung der Geschäftsprozesse im Rechts- und Ausländeramt, Abteilung Ausländerbehörde, beschließt der Rat:

1. Die Anliegen aus dem gemeinsamen Ratsantrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen/ GAL und CDU vom 06.04.2016 „Rechts- und Ausländeramt stärken“ (siehe Anlage) werden in das bereits begonnene Projekt „Entwicklung des Rechts- und Ausländeramtes zu einer Willkommensbehörde“ integriert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss des Gesamtprojekts Ende 2017 den zuständigen Gremien einen Bericht vorzulegen.
3. Der Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der CDU-Fraktion vom 06.04.2016 (A-R/0020/2016) ist damit erledigt.

Kosten/Folgekosten:

Es entstehen durch den Antrag keine zusätzlichen Projektkosten. Die eingeplanten erforderlichen Projektkosten werden über den Nachtrag zum Haushaltsplan 2016 angemeldet.

**Begründung:**

**I. Antragsanliegen und Ausgangssituation**

Das Antragsanliegen zielt auf ein Konzept zur Verbesserung der räumlichen und organisatorischen Struktur sowie der atmosphärischen Situation im Rechts- und Ausländeramt ab. Teilziel ist es dabei, zukünftig auf einen Sicherheitsdienst verzichten zu können. Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, ob durch eine teilweise Aufgabenverlagerung zum Amt für Bürger- und Ratsservice im Stadthaus 1 die räumliche Situation des Rechts- und Ausländeramtes am Standort Stadthaus 2 verbessert werden kann.

Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen hat nicht nur Auswirkungen auf die Arbeit im Jobcenter und im Sozialamt, sondern insbesondere auch auf die Fallzahlenentwicklung und das Kundenaufkommen im Rechts- und Ausländeramt der Stadt Münster.

Die Anzahl der Ausländer/innen sowie der Asylantragsteller/innen hat sich seit dem 31.08.2012 wie folgt entwickelt:

	<b>27.04. 2016</b>	<b>31.08. 2015</b>	<b>19.02. 2015</b>	<b>31.08. 2014</b>	<b>01.01. 2014</b>	<b>31.08. 2013</b>	<b>31.08. 2012</b>
<b>Ausländer/innen in Münster</b>	<b>31967</b>	27365	26671	25656	25344	24180	23141
<b>davon EU</b>	<b>11559</b>	11188	11085	10749	10.552	9925	9105
<b>davon Drittstaatsangehörige</b>	<b>20408</b>	16177	15586	14907	14792	14255	14036
<b>Anzahl der geduldeten Ausländer/innen</b>	<b>1158</b>	990	897	833	759	630	633
<b>Anzahl der Asylantragsteller/innen</b>	<b>3155</b>	1137	700	441	333	217	131
<b>Anzahl der Folgeantragsteller/innen</b>	<b>127</b>	175	139	101	82	53	41

Aufgrund des eklatanten Anstiegs der Flüchtlingszahlen erfolgte im Herbst 2015 in der Abteilung Ausländerbehörde unter engagierter Beteiligung der Mitarbeiter/innen eine Struktur- und Prozessaufnahme. Die Verwaltung hat aufgrund der gegebenen Bedarfslage zunächst für eine schnelle personelle Aufstockung gesorgt. Da neben dem akuten aber auch grundsätzlicher Handlungsbedarf festgestellt wurde, hat die Verwaltung im Rahmen eines verwaltungsinternen Organisationprojektes „Entwicklung der Ausländerbehörde im Rechts- und Ausländeramt zu einer Willkommensbehörde“ erste Maßnahmen zur Optimierung der Aufbau- wie auch der Ablauforganisation sowie für die Entwicklung der Ausländerbehörde zu einer Willkommensbehörde initiiert.

Insbesondere wurde dringender Handlungsbedarf in folgenden Bereichen festgestellt:

- Personalausstattung,
- Kundensteuerung,
- Raumkapazitäten,
- Optimierung der Arbeitsprozesse.

Um vor Ort die Handlungs- und Ressourcenbedarfe zu strukturieren und Lösungsansätze zu erarbeiten, wurde zunächst bis zum 31.07.2017 überplanmäßig eine Projektstelle eingerichtet. Gleichzeitig wurde entschieden, die Funktion der Abteilungsleitung sechs Monate vor dem planmäßigen Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers zu besetzen, um die Nachfolge frühzeitig in das str-

teigische Projekt einzubinden und dieses gleichzeitig zu unterstützen. Beide Stellen wurden zeitnah besetzt.

Das Antragsanliegen sowie die Inhalte des laufenden Verwaltungsprojektes verfolgen das gemeinsame Ziel, die Atmosphäre im Rechts- und Ausländeramt für die Besucherinnen und Besucher sowie die Arbeitssituation für die Beschäftigten nachhaltig zu verbessern (Stichwort: Willkommensbehörde); hierzu zählen auch Maßnahmen zur Optimierung der Arbeitsorganisation und der räumlichen Unterbringung. Zur Zielerreichung werden unterschiedliche Handlungsansätze untersucht und bewertet.

Die Verwaltung wird den Ausschüssen für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung sowie für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government bis Ende 2017 über die Projektergebnisse berichten. Mit dieser Maßgabe ist der Ratsantrag erledigt.

In Vertretung

gez.  
Wolfgang Heuer  
Stadtrat

**Anlage:**  
Antrag an den Rat Nr. A-R/0020/2016